

Vergleich der Aussagen der Wahlprogramme der Parteien zur Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz zu den Themen Verteidigung, Bundeswehr & Frieden

Die Landeslisten von zwölf Parteien sind zugelassen worden. Mit Ausnahme der Partei der Humanisten haben alle zugelassenen Parteien ein Regierungsprogramm oder ein Wahlprogramm für die Landtagswahl 2026 in Rheinland-Pfalz vorgelegt. Verschiedene Aussagen zu ausgewählten sicherheits- u. friedenspolitischen Themen können daher nachfolgend miteinander verglichen werden. Fehlende Aussagen zu einem Thema sind mit -/- gekennzeichnet. Alle Angaben sind ohne Gewähr!

Aussagen der Parteien zu ausgewählten sicherheits- u. friedenspolitischen Themen	SPD RHEINLAND-PFALZ	CDU RHEINLAND-PFALZ	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN RHEINLAND-PFALZ	AfD	Freie Demokraten RHEINLAND-PFALZ FDP
Abrüstung / Aufrüstung (atomar)	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ prioritärer Einsatz für zivile Strategien und Abrüstung ▷ schrittweise Reduzierung von Atomwaffenbeständen insbesondere jener in Rheinland-Pfalz ▷ Unterstützung des deutschen Beobachterstatus beim Atomwaffenverbotsvertrag ▷ Unterstützung neuer Initiativen zur Rüstungskontrolle 	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Ausbau der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als militärische Notwendigkeit u. als Chance für Hochtechnologie, wirtschaftliche Stärke u. industrielle Innovation. ▷ Ziel ist ein Umfeld, in dem Forschungseinrichtungen, Start-ups und Betriebe mit der Bundeswehr, den Verbündeten, ihren Institutionen und Hochschulen kooperieren u. dabei Technologien wie Wehrtechnik, Cybersecurity, Sensorik oder KI vorantreiben. Hierfür wird auf attraktive Standortbedingungen mit zentraler Lage, leistungsfähiger Verkehrsanbindung, beschleunigten Genehmigungsverfahren und verlässlichen Rahmenbedingungen gesetzt
Bundeswehr	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Unterstützung der Bundeswehr 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Prüfung des Einsatzes der Bundeswehr im Innern bei schweren Gefahrenlagen ▷ Standorte sind sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich von zentraler Bedeutung ▷ Einsatz für den dauerhaften Erhalt der Bundeswehrstandorte ▷ die Bundeswehr wird bei militärischen Bauvorhaben von landesrechtlichen Sondervorschriften befreit 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Ablehnung von Anwerbeversuchen der Bundeswehr 	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Erhöhung der Sichtbarkeit der Bundeswehr im Alltag (öffentliche Gelöbnisse, Tag der offenen Tür an den Bundeswehrstandorten, Ausbau der Heimatschutzreserven) ▷ Aufbau des Medizincampus am Bundeswehrzentralkrankenhaus Koblenz als eine zukunftsweisende Schnittstelle zwischen militärischer und ziviler Forschung
Wehrpflicht	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Ablehnung einer Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 	- / -	- / -

Aussagen der Parteien zu ausgewählten sicherheits- u. friedenspolitischen Themen					
US-Streitkräfte (in Rheinland-Pfalz)	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Unterstützung der US-Standorte, enge Partnerschaft mit US-Streitkräften u. Bekenntnis zur sicherheitspolitischen Kooperation ▷ gute Zusammenarbeit und Zusammenleben mit den stationierten US-Bürgerinnen und -Bürgern fortführen und vertiefen ▷ für gute Standortbedingungen sorgen 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Die Standorte der amerikanischen Streitkräfte sind sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich von zentraler Bedeutung ▷ Stärkung dieser Standorte u. Einsatz für ihren dauerhaften Erhalt 	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen dem Land, den Kommunen und den amerikanischen Truppen
Positionen zu internationalen Sicherheitsbündnissen u. zur aktuellen Situation in Ukraine/Russland u. zu Israel/Palestina	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Unterstützung der Ukrainer in ihrem Kampf 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Ausbau eines europäischen Sicherheits- und Verteidigungsverbunds in enger NATO-Partnerschaft 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Einbindung Deutschlands in die freiheitlichen Strukturen Europas und des transatlantischen Raums ▷ Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung u. Einsatz für Friedensverhandlungen unter Beachtung des Völkerrechts ▷ Unterstützung jeglicher Maßnahmen zur Sanktionierung Russlands ▷ Internationale Konflikte wie u.a. der Israel-Palästinakonflikt dürfen nicht militärisch und nicht zu Lasten der Zivilbevölkerung geführt werden. ▷ Ausbau der finanziellen Unterstützung der Friedensorganisation Givat Haviva, die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt 	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Rheinland-Pfalz als wichtiger Baustein der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ▷ Einsatz für eine starke europäische und transatlantische Partnerschaft ▷ Solidarität mit der Ukraine u. Ausbau der Partnerschaft ▷ Unterstützung europäischer und bundesweiter Sanktionen gegen Russland ▷ Partnerschaft mit Israel
Friedensarbeit / Konfliktprävention	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Aktive Friedenspolitik ist maßgeblicher Antrieb ▷ Kooperation des Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/4er-Netzwerk mit Burgund (Frankreich), Oppeln (Polen) und Mittelböhmien (Tschechien) vertiefen u. europäische Jugendarbeit ausbauen ▷ Unterstützung von Akteur:innen, die Friedensbildung an Schulen stärken wollen 	- / -	- / -

Aussagen der Parteien zu ausgewählten sicherheits- u. friedenspolitischen Themen							
Abrüstung / Aufrüstung (atomar)	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz ▷ Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ▷ Unterstützung von Projekten zur Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung 	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Abzug der in Rheinland-Pfalz noch gelagerten Atomwaffen 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Aufrüstung stoppen ▷ Keine Mittelstreckenraketen und keine Atomwaffen ▷ Statt "atomarer Teilhabe" Umsetzung des im Jahr 2005 gefassten Beschluss des Landtags, alle Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz abzuziehen ▷ Die dreistelligen Milliardenbeträgen vom Fünf-Prozent-Ziel der NATO für Bildung, Gesundheitswesen, Pflege, auskömmliche Renten, günstige Energiepreise sowie Steuererleichterungen für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen nutzen ▷ Klimakiller Nummer eins ist Krieg; Einsetzen für weltweite Abrüstungsinitiativen und eine neue Entspannungspolitik für ernsthaften Klimaschutz. 	- / -
Bundeswehr	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Militärstandorte schließen: die Umwandlung von Militärstandorten in zivile Nutzung mit nachhaltigen Arbeitsplätzen, gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung. ▷ Bundeswehrwerbung an Schulen verbieten 	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Kein Ausbau der militärischen Einrichtungen in Büchel 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Keine Werbung für die Bundeswehr im Schulunterricht 	- / -
Wehrpflicht	- / -	- / -	- / -	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Ablehnung der Wehrpflicht 	- / -
US-Streitkräfte (in Rheinland-Pfalz)	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Abzug aller US-Truppen aus Rheinland-Pfalz mit Umschulung und Weiterbildungsprogrammen für alle Zivilbeschäftigte ▷ schrittweise Transformation militärischer Liegenschaften in zivile Nutzung 	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Kein Ausbau der militärischen Einrichtungen in Ramstein 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Ablehnung der Airbase Ramstein als Satelliten-Relaisstation für völkerrechtswidrige Drohnenkriege der USA 	- / -

Aussagen der Parteien zu ausgewählten sicherheits- u. friedenspolitischen Themen							
Positionen zu internationalen Sicherheitsbündnissen u. zur aktuellen Situation in Ukraine/Russland u. zu Israel/Palestina	-/-	- / -	- / -	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Forderung internationaler Friedensinitiativen für die Ukraine, Gaza, Israel-Iran und alle weiteren Krisengebiete ▷ Forderung einer internationalen Friedensinitiativen u. eines internationalen Aufbaufonds für Gaza ▷ Beendigung des Krieges in der Ukraine ▷ gegen die zunehmende Konfrontation zwischen der Nato und Russland 	- / -
Friedensarbeit / Konfliktprävention	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Frieden und Stabilität in Europa sichern durch praktische Zusammenarbeit: gemeinsame Bildungsinitiativen, Schüleraustausch, zweisprachige Bildung und Katastrophenschutz über Grenzen hinweg 	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Diplomatie und zivile Konfliktprävention stärken ▷ Wissenschaftliche Kooperationen in der Forschung zu zivilen wissenschaftlichen Zwecken sollen zur Friedensförderung beitragen. ▷ Erhalt der Zivilklausel; Landesmittel in der Forschung nur für Projekte mit gesellschaftlichem, sozialem und ökologischem Nutzen ▷ Keine Feiertage zur Finanzierung von Kriegsgeräten streichen ▷ Erziehung zum Frieden, nicht zur „Kriegstüchtigkeit“ an Schulen; Geschichte der internationalen Friedensbewegung auf den Lehrplan 	- / -	- / -	- / -	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Stopp von Waffenexporten und Finanzhilfen in Kriegs- und Krisengebiete ▷ Friedenserziehung statt Kriegstüchtigkeit: zivile Konfliktlösung soll als Mittel der Auseinandersetzung gelebt und Gewalt zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Staaten geächtet werden. Friedenstüchtig werden Kinder und Jugendliche durch Erfahrungen mit Kindern und Jugendlichen aus anderen Ländern und Kulturen; Ablehnung von Nationalismus und Militarismus gerade in der Bildung ▷ Forderung der Wiedereinrichtung von Zivilklauseln gegen Forschung zur Kriegsführung und an Kriegsgerät an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz 	- / -